

POSITIONSPAPIER

Sicherheit bei Veranstaltungen – mit Augenmaß und Verantwortung handeln, Selbstverantwortung stärken

Seit geraumer Zeit sind die Rufe nach mehr Sicherheit bei öffentlichen Veranstaltungen lauter geworden. Nach Anschlägen in europäischen und deutschen Städten sind sowohl das Sicherheitsbewusstsein in der Bevölkerung als auch die Erwartungen an Kommunen und Veranstalter gestiegen. Die Städte in Rheinland-Pfalz nehmen dieses Bedürfnis ernst – gleichzeitig stehen sie vor der Aufgabe, das öffentliche Leben nicht durch überzogene Sicherheitsanforderungen zu lähmen. Stadtfeste, Weihnachtsmärkte, Kultur- und Sportveranstaltungen sind Ausdruck einer offenen, lebendigen Stadtgesellschaft. Sie zu ermöglichen, bleibt eine zentrale Aufgabe der Kommunen.

Keine absolute Sicherheit – aber ein verantwortungsvoller Umgang mit Risiken

Ein umfassender Schutz vor allen denkbaren Gefahren kann in offenen, frei zugänglichen Räumen nicht gewährleistet werden. Die Städte arbeiten mit großer Sorgfalt daran, Risiken zu minimieren – doch ohne jedes Risiko wird es öffentliche Veranstaltungen nie geben. Entscheidend ist ein realistischer Umgang mit Sicherheitsfragen, der auf die örtlichen Gegebenheiten abgestimmt ist und nicht auf Symbolpolitik oder Überregulierung setzt. Öffentliche Plätze sind das Herz unserer Städte – sie müssen zugänglich und lebendig bleiben.

Kommunale Sicherheitspolitik muss nicht nur objektive Gefahren minimieren, sondern auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Gerade bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum kommt es darauf an, sichtbare Präsenz, Verlässlichkeit und Orientierung zu bieten, damit sich Menschen sicher fühlen und gerne am städtischen Leben teilnehmen.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit Risiken setzt nicht nur umsichtiges Handeln der Städte voraus, sondern auch das eigenverantwortliche Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger. Aufmerksamkeit im eigenen Umfeld, umsichtiges Verhalten bei Veranstaltungen und das Befolgen von Sicherheitshinweisen leisten einen wichtigen Beitrag. Wer Gefahren erkennt, sollte Hilfe holen, nicht wegsehen und in Ausnahmesituationen Einsatzkräfte nicht behindern, sondern unterstützen. Einsatzkräfte sollen auch außerhalb von Ausnahmesituationen nicht behindert werden. Eine lebendige Stadtgesellschaft beruht auch auf gegenseitiger Rücksichtnahme und einem gemeinsamen Bewusstsein für Sicherheit.

Rolle und Verantwortung: Sicherheit ist eine gemeinsame Aufgabe

Die Verhinderung von Straf- und Gewalttaten ist – entsprechend der gesetzlichen Aufgabenverteilung – in erster Linie Aufgabe von Polizei und Justiz auf Bundes- und vor allem auf Landesebene. Sie verfügen über

die notwendige Kompetenz und die entsprechenden Instrumente. Auch Maßnahmen zur Terrorabwehr sind eindeutig keine kommunale Aufgabe, sondern fallen in den Zuständigkeitsbereich der Sicherheitsbehörden von Land und Bund.

Gleichzeitig richten sich die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nicht nur an diese staatlichen Institutionen, sondern ebenso an die kommunale Politik und Verwaltung. Vor Ort sind es die Städte, die sich tagtäglich mit Fragen der Sicherheit auseinandersetzen – sei es bei der Planung von Veranstaltungen oder in der Stadtentwicklung.

Die insgesamt erfolgreiche Politik für Sicherheit und Ordnung in den Städten ist eingebettet in eine ebenso erfolgreiche Stadtpolitik. Ohne eine gute Stadtentwicklung, ohne präventive Sozial-, Jugend- und Bildungspolitik lässt sich der Gedanke der Sicherheit nicht nachhaltig umsetzen.

Zusammenarbeit stärken – Netzwerke ausbauen

Sicherheit bei Veranstaltungen gelingt nur im engen Zusammenspiel zahlreicher Akteure. Kommunen sind auf eine verlässliche Zusammenarbeit mit Polizei, Rettungsdiensten, Veranstaltern und zivilgesellschaftlichen Initiativen angewiesen. So ist es zum Beispiel auch wichtig, dass die Polizei in Rheinland-Pfalz Sicherheitsanforderungen und -maßnahmen bei gleichen Sachverhalten einheitlich handhabt. Das schafft Verlässlichkeit und erleichtert die Planung vor Ort. Insgesamt braucht es stabile Netzwerke, klare Zuständigkeiten, regelmäßige Übungen und einen offenen Austausch, um im Ernstfall handlungsfähig zu bleiben.

Kosten und Aufwand steigen – Veranstaltungen geraten unter Druck

Sicherheitsvorkehrungen wie Fahrzeugbarrieren, Kontrollsysteme oder aufwendige Einsatzkonzepte sind mit erheblichen Kosten verbunden. Diese finanziellen Lasten tragen in der Regel die Städte oder lokale Veranstalter wie Vereine oder ehrenamtliche Initiativen. Die Folge: Immer mehr Veranstaltungen werden abgesagt, weil die Sicherheitsauflagen nicht mehr umsetzbar oder schlicht nicht mehr finanzierbar sind. Diese Entwicklung gefährdet die kulturelle Vielfalt und das soziale Miteinander, das durch Feste und Begegnungen im öffentlichen Raum entsteht.

Ressourcen sichern – Personal stärken

Neben finanziellen Mitteln fehlt es vielen Kommunen zunehmend an qualifiziertem Personal, um Sicherheitsanforderungen fachlich fundiert und rechtssicher umzusetzen. Die zunehmende Komplexität stellt immer mehr Städte vor große Herausforderungen. Die Sicherung ausreichender personeller Ressourcen ist deshalb ebenso entscheidend wie finanzielle Unterstützung durch Bund und Land.

Digitalisierung nutzen – Chancen erkennen

Neue digitale Werkzeuge können dabei helfen, Sicherheitskonzepte effizienter zu planen und umzusetzen – etwa durch intelligente Besucherlenkung, digitale Lagebilder oder optimierte Kommunikationssysteme für Einsatzkräfte und Veranstalter. Die Städte brauchen allerdings Unterstützung, um moderne Technologien zielgerichtet einsetzen zu können.

Maß und Mitte statt neuer Standards

Wir warnen davor, immer neue Sicherheitsstandards und pauschale Regelwerke einzuführen. Sicherheit muss differenziert gedacht werden – angepasst an die Größe, Lage und Art einer Veranstaltung. Es braucht mehr Vertrauen in das lokale Know-how der Behörden vor Ort. Der Einsatz von gesundem Menschenverstand, Augenmaß und Erfahrung ist oft der beste Garant für eine angemessene

Gefahrenabwehr. Dabei muss die kommunale Selbstverwaltung erhalten bleiben – sie ist Voraussetzung für passgenaue Lösungen vor Ort.

Veranstaltungsvielfalt braucht Unterstützung

Die Kommunen stehen nicht nur in der Verantwortung, Veranstaltungen sicher durchzuführen – sie brauchen auch Unterstützung dabei. Es braucht eine finanzielle Beteiligung von Land und Bund bei besonders aufwendigen Sicherheitsmaßnahmen. Nur so lässt sich der gesellschaftliche Wert öffentlicher Veranstaltungen dauerhaft sichern und das Ehrenamt entlasten.

Sicherheit ermöglichen, nicht verhindern

Die Städte in Rheinland-Pfalz stehen für eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik, die Freiräume schützt und Begegnung ermöglicht. Sicherheit ist kein Selbstzweck – sie muss Teil einer umfassenden Stadtpolitik sein, die auf Teilhabe, Vertrauen und Lebensqualität zielt. Öffentliche Veranstaltungen sind kein Risiko, das es zu minimieren gilt – sie sind ein Wert, den es zu schützen gilt.

September 2025